

Neuerungen aus dem KrWG: Rechte und Pflichten der Erzeuger und Besitzer von Abfällen sowie Grundlagen des Vergaberechts



RA Tim Goßen, LL.M. (Nottingham)

Bundesvereinigung Recycling-Baustoffe e.V. (BRB), Duisburg

Veranstaltungsort: Mercure Hotel, Kassel, 7. Juni 2013



Grobgliederung

- I. Das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG)
 1. Hintergrund
 2. Neuerungen im Detail (insbesondere neue fünfstufige Abfallhierarchie und Regelung der Beauftragung Dritter)
- II. Grundlagen des Vergaberechts
 1. Sinn und Zweck des Vergaberechts
 2. Grundlegende Prinzipien
 3. Rechtsgrundlagen des Vergaberechts
 4. Verfahrensarten
 5. Grundsatz der produktneutralen Ausschreibung

Hintergrund des KrWG

- **Abfallrahmenrichtlinie 2008/98/EG**
≈ „Grundgesetz des Abfallrechts“
→ in nationales Recht umzusetzen
- KrW-/AbfG bis 31.05.2012
- **KrWG seit 01.06.2012**
→ schon begrifflich stärkere Betonung von
Ressourcenschonung und Recycling

Wesentliche Änderungen des KrWG im Überblick

- I. Neuer Anwendungsbereich (§ 2)
- II. Harmonisierte Begriffsbestimmungen, u.a. Abfallbegriff (§ 3)
- III. Fünfstufige Abfallhierarchie (§ 6 ff.)
- IV. Abgrenzung Abfall(ende) vs. Nebenprodukt (§§ 4, 5)
- V. Beauftragung Dritter (§ 22)
- VI. Entsorgungsfachbetriebe (§§ 56, 57)
- VII. Sammlung und Transport von Abfällen (§§ 53, 54)
- VIII. Kennzeichnung mit A-Schild (§ 55)
- IX. Überlassungspflichten und gewerbliche Sammlungen (§§ 17, 18)
- X. Verwertungsquoten (§ 14)
- XI. Getrennthaltungsgebot (§ 9)
- XII. Abfallvermeidungsprogramm (§ 33)

Anwendungsbereich des KrWG

- § 2 Absatz 1 KrWG:

„Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten für

1. die Vermeidung von Abfällen sowie

2. die Verwertung von Abfällen,

3. die Beseitigung von Abfällen und

4. die sonstigen Maßnahmen der Abfallbewirtschaftung.“

- Abfallbewirtschaftung → § 3 Absatz 14 KrWG

„Abfallbewirtschaftung (...) sind die Bereitstellung, die Überlassung, die Sammlung, die Beförderung, die Verwertung und die Beseitigung von Abfällen, einschließlich der Überwachung dieser Verfahren, der Nachsorge von Beseitigungsanlagen sowie der Tätigkeiten, die von Händlern und Maklern vorgenommen werden.“

Ausnahmen vom Anwendungsbereich des KrWG

→ § 2 Absatz 2 KrWG

Ausnahmen u.a. für

- Nr. 2: tierische Nebenprodukte (Rückausnahme beachten!)
- Nr. 4: bestimmte land- und forstwirtschaftliche Materialien
- Nr. 12: bestimmte nicht gefährliche Sedimente u.a. zur Bewirtschaftung von Gewässern
- Nr. 13: Schiffsabfälle und Ladungsrückstände
- Nr. 15: abgeschiedenes und gespeichertes Kohlendioxid

Harmonisierte Begriffsbestimmungen

- **Abfallbegriff:**

- **Nach altem § 3 Absatz 1 Satz 1 KrW-/AbfG:**

„Abfälle im Sinne dieses Gesetzes sind alle beweglichen Sachen, die unter die in Anhang I aufgeführten Gruppen fallen und deren sich ihr Besitzer entledigt, entledigen will oder entledigen muss.“

- **Nach neuem § 3 Absatz 1 Satz 1 KrWG:**

„Abfälle im Sinne dieses Gesetzes sind alle Stoffe oder Gegenstände, derer sich ihr Besitzer entledigt, entledigen will oder entledigen muss.“

→ Nun also auch **unbewegliche** Sachen erfasst!

→ Praktische Auswirkungen jedoch gering, da nach wie vor u.a. Ausnahme für Böden in situ (§ 2 Absatz 2 Nr. 10, 11 KrWG).

Die neue fünfstufige Abfallhierarchie (1)

- **Vor dem 31.05.2012** nur **dreistufige** Abfallhierarchie

- **§ 4 Absatz 1 KrW-/AbfG** (Grundsätze der Kreislaufwirtschaft)

„Abfälle sind

1. in erster Linie zu vermeiden, insbesondere durch die Verminderung ihrer Menge und Schädlichkeit,

2. in zweiter Linie

a) stofflich zu verwerten oder

b) zur Gewinnung von Energie zu nutzen (energetische Verwertung).“

- **§ 5 Absatz 2 KrW-/AbfG** (Grundpflichten der Kreislaufwirtschaft)

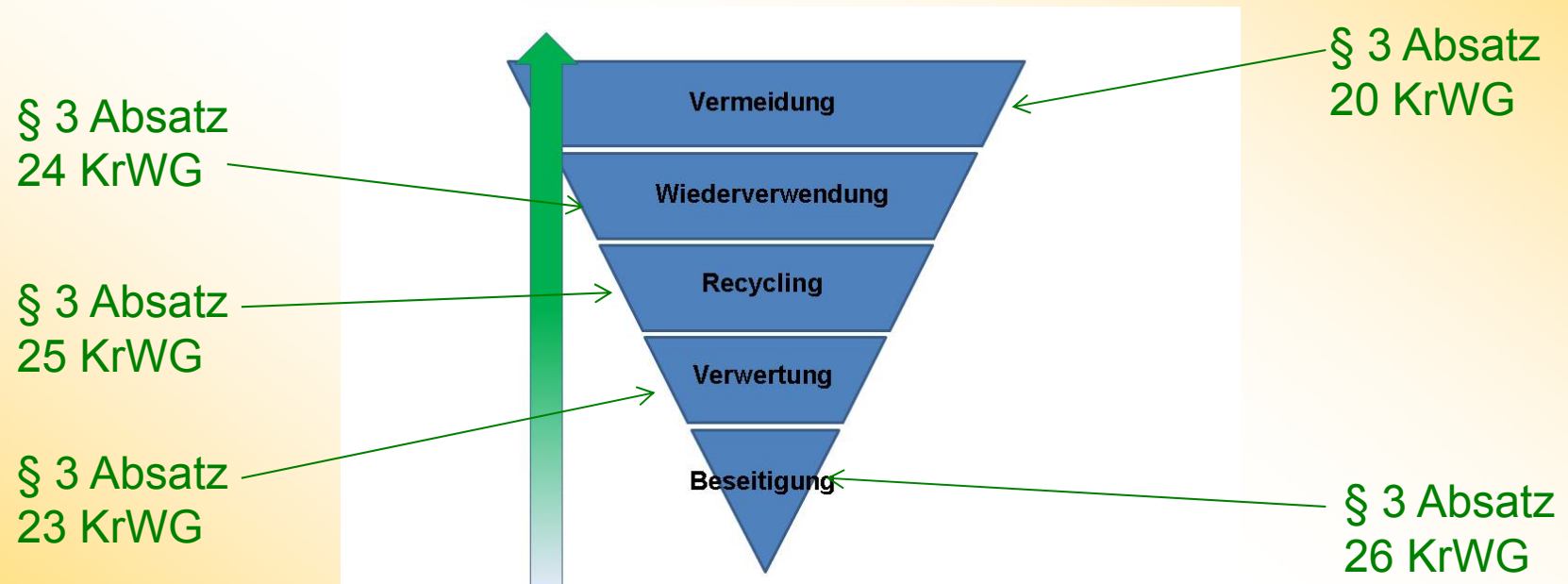
„Die Erzeuger oder Besitzer von Abfällen sind verpflichtet, diese nach Maßgabe des § 6 zu verwerten. Soweit sich aus diesem Gesetz nichts anderes ergibt, hat die Verwertung von Abfällen Vorrang vor deren Beseitigung.“

- **§ 5 Absatz 5 KrW-/AbfG**

„Der in Absatz 2 festgelegte Vorrang der Verwertung von Abfällen entfällt, wenn deren Beseitigung die umweltverträglichere Lösung darstellt.“

Die neue fünfstufige Abfallhierarchie (2)

- Seit 01.06.2012 stärkere Betonung und Ausdifferenzierung der **Verwertungsstufe**



Die neue fünfstufige Abfallhierarchie (3)

- Abfall“hierarchie“ irreführend; vielmehr (nicht strenge) Prioritätenfolge

↓
§ 6 Absatz 2 KrWG

- Beste Gewährleistung des **Schutzes von Mensch und Umwelt** unter Berücksichtigung des **Vorsorge- und Nachhaltigkeitsprinzips** maßgeblich, **insb.:**

- Zu erwartende Emissionen
- Maß der Schonung der natürl. Ressourcen
- Einzusetzende oder zu gewinnende Energie
- Anreicherung von Schadstoffen in Erzeugnissen, Abfällen zur Verwertung oder daraus gewonnenen Erzeugnissen
- Technische Möglichkeit
- Wirtschaftliche Zumutbarkeit
- Sozialen Folgen der Maßnahme

Die neue fünfstufige Abfallhierarchie (4)

- Bei mehreren gleichrangigen Verwertungsmaßnahmen:
→ **Wahlrecht** des Erzeuger/Besitzers von Abfällen
(§ 8 Absatz 1 Satz 2 KrWG)
- Gleichrangigkeit von stofflicher und energetischer Verwertung (+), wenn **Heizwert** mindestens **11.000 kJ/kg**
→ Nicht mehr Maßstab für Zulässigkeit für energetische Verwertung an sich

Nebenprodukte, § 4 KrWG

„Fällt ein Stoff oder Gegenstand bei einem Herstellungsverfahren an, dessen hauptsächlichlicher Zweck nicht auf die Herstellung dieses Stoffes oder Gegenstandes gerichtet ist, ist er als **Nebenprodukt** und **nicht** als **Abfall** anzusehen, wenn

1. **sichergestellt** ist, dass der Stoff oder Gegenstand **weiter verwendet** wird,

2. eine weitere, über ein normales industrielles Verfahren hinausgehende **Vorbehandlung** hierfür **nicht erforderlich** ist,

3. der Stoff oder Gegenstand **als integraler Bestandteil eines Herstellungsprozesses erzeugt** wird und

4. die **weitere Verwendung rechtmäßig** ist; dies ist der Fall, wenn der Stoff oder Gegenstand alle für seine jeweilige Verwendung anzuwendenden Produkt-Umwelt- und Gesundheitsschutzanforderungen erfüllt und insgesamt **nicht zu schädlichen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt** führt.“

Ende der Abfalleigenschaft, § 5 KrWG (1)

„Die Abfalleigenschaft eines Stoffes oder Gegenstandes **endet**, wenn dieser ein **Verwertungsverfahren durchlaufen** hat und so **beschaffen** ist, dass

1. er üblicherweise für bestimmte Zwecke **verwendet wird**,
2. ein **Markt** für ihn oder eine **Nachfrage** nach ihm besteht,
3. er alle für seine jeweilige Zweckbestimmung geltenden **technischen Anforderungen** sowie alle **Rechtsvorschriften** und anwendbaren **Normen für Erzeugnisse** erfüllt sowie
4. seine Verwendung insgesamt **nicht** zu schädlichen **Auswirkungen auf Mensch oder Umwelt** führt.“

Ende der Abfalleigenschaft, § 5 KrWG (2)

- Vorteile Produktstatus:
 - Vor allem psychologische Wirkung/Akzeptanz
 - Rechtlicher Vorteil liegt in der Befreiung von abfallrechtlichen Restriktionen
- N.B.: Ggf. REACH-VO zu beachten!

Abfallrechtliche Verantwortlichkeit (1)

- (Fiktiver) **Ausgangsfall:**

Kommune/öffentliches Unternehmen schreibt einen Auftrag zum Abriss eines bestimmten Gebäudes aus.

Wer ist für den dabei entstehenden Abfall wie lange verantwortlich?

Abfallrechtliche Verantwortlichkeit (2)

- **Öffentliche Hand** ist **Abfallerzeugerin** (vgl. OLG Düsseldorf, Beschl. v. 10.08.2011, Az. VII-Verg 34/11)
- **Bauunternehmen** ist **Abfallbesitzer**, da es die tatsächliche Sachherrschaft über den Abfall hat
 - Sowohl Abfallerzeuger als auch Abfallbesitzer sind abfallrechtlich für die Entsorgung der Abfälle verantwortlich!

Abfallrechtliche Verantwortlichkeit (3)

- Fortführung des Ausgangsfalles:

Der Bauunternehmer übergibt den Abfall im Bewusstsein seiner abfallrechtlichen Verantwortung einer Abfallentsorgungsanlage.

Endet damit seine Verantwortlichkeit?

→ Bundesverwaltungsgericht: Nein!

Abfallrechtliche Verantwortlichkeit (4)

„Ein Abfallbesitzer, der einen Dritten mit der Entsorgung der Abfälle beauftragt und diesem hierzu den Besitz daran überträgt, bleibt weiterhin für deren ordnungsgemäße Entsorgung verantwortlich.“

- Leitsatz BVerwG, Urt. v. 28.06.2007, 7 C 5.07 -

Abfallrechtliche Verantwortlichkeit (5)

- Konsequenz dieser Entscheidung:

→ Im Falle der **Insolvenz** des Entsorgungsanlagenbetreibers kann die zuständige Behörde das Bauunternehmen zur **Abholung und anderweitigen Beseitigung** des Abfalls verpflichten.

Abfallrechtliche Verantwortlichkeit (6)

Auch nach neuer Rechtslage (§ 22 KrWG) geltendes Recht!

„Die zur Verwertung und Beseitigung Verpflichteten können Dritte mit der Erfüllung ihrer Pflichten beauftragen. Ihre Verantwortung für die Erfüllung der Pflichten bleibt hiervon unberührt und so lange bestehen, bis die Entsorgung endgültig und ordnungsgemäß abgeschlossen ist.“

Abfallrechtliche Verantwortlichkeit (7)

- Entscheidung, ob Abfallerzeuger oder Abfallbesitzer als Verantwortlicher herangezogen wird, liegt im **Ermessen** der Behörde
- Entscheidungskriterium: Effektivität der Gefahrenabwehr
 - i.d.R. wohl Heranziehung des Abfallbesitzers (aber nicht zwingend!)

Abfallrechtliche Verantwortlichkeit (8)

- Weitere rechtliche Risiken:
 - Vertragliche und/oder gesetzliche **Schadensersatzansprüche** (insb. § 823 BGB)
 - Störungsbeseitigungsanspruch, § 1004 BGB
 - **Strafrechtliche** Sanktionen, insb. § 326 (Absatz 5) StGB
 - Bußgeld bis zu **100.000 €**, § 69 KrWG
- Voraussetzung: **Verschulden**

Abfallrechtliche Verantwortlichkeit (9)

- Möglichkeiten zur Minimierung des Verschuldensrisikos:
 - Das beauftragte Unternehmen muss zur Abfallentsorgung **tatsächlich imstande** und **rechtlich befugt** sein. Abfallerzeuger/-besitzer muss sich davon überzeugen → Verbindliche, überprüfbare Bestätigung (BGH, Urt. v. 02.03.1994, 2 StR 620/93 = BGHSt 40, 84)
 - Vebandsmitgliedschaft allein oder Empfehlung von Sachverständigen genügt nicht (BGH a.a.O.)
 - **Zuverlässigkeit** (§ 22 KrWG), nachweisbar z.B. durch **Entsorgungsfachbetriebszertifikate, Sach- u. Fachkundenachweise**
 - Ggf. auch genaue Erläuterungen der Entsorgungsverfahren etc.
 - Versicherungsnachweise

Entsorgungsfachbetriebe

- Heute umfangreiche Regelung in §§ 56, 57 KrWG
- EntsorgungsfachbetriebeVO
- **Neu:** Durchgriffsrecht der zuständigen Behörde gemäß § 56 Absatz 8 Satz 2 KrWG

Änderungen beim Abfalltransport

- **Bis 31.05.2012: Genehmigungspflicht** für Einsammeln und Befördern von Abfällen **zur Beseitigung** und **gefährlichen** Abfällen
- **Neu: Erlaubnis** für das Sammeln, Befördern, Handeln (!) und Makeln (!) von **gefährlichen** Abfällen (§ 54 KrWG). Nicht gefährliche Abfälle müssen bei o.g. Tätigkeiten nur **angezeigt** werden.
- Ggf. bald **Anzeige- und ErlaubnisVO** (mit Privilegierungen für Tätigkeiten wirtschaftlicher Unternehmen und Entsorgungsbetriebe)

Änderungen bei A-Schild-Pflicht (1)



Änderungen bei A-Schild-Pflicht (2)

- Kennzeichnungspflicht mit A-Schild nun immer, **wenn Fahrzeuge auf öffentlichen Straßen Abfälle befördern**
- Ausgenommen: öRE; Sammler u. Beförderer im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmen
- Kein oder falsches A-Schild kann bis zu **10.000 €** Bußgeld kosten!

Weitere Neuerungen im Überblick

- Verwertungsquoten: § 14 KrWG
- Getrennthaltungsgebot/Vermischungsverbot: § 9 KrWG
- Abfallvermeidungsprogramm: § 33 KrWG
- Reform der gewerblichen Sammlung: §§ 17, 18 KrWG







Sinn und Zweck des Vergaberechts

- **Historisch/Haushaltspolitisch:** Sparsamer Umgang mit vorhandenen Finanzmitteln
 - **Soziologisch:** Vermeidung von Korruption, Hoflieferantentum und Vetternwirtschaft
 - **Politisch:** Element zur Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes
 - **Juristisch:** Bindung an Recht und Gesetz sowie Ermöglichung von Rechtsschutz
 - **Ökonomisch:** Simulation von Wettbewerb zur Vermeidung von Monopolpreisen
- **Es gibt gute Gründe für die Existenz des Vergaberechts!**

Besonderheiten des Vergaberechts (1)

- Auftragsvolumen < **Schwellenwert** < Auftragsvolumen

Nationales VergabeR /
HaushaltsR

HGrG, BHO, LHO,
„Basisparagrafen“
VOB/VOL

EU-/KartellvergabeR

EU-Verg-RL, GWB,
VOB, VOL, VOF,
SektVO, VgV

Besonderheiten des Vergaberechts (2)

- **Schubladenprinzip** = Vertragsordnungen (VOB, VOL, VOF) unterteilt in **Teile und Abschnitte**, die jeweils nur für bestimmte Auftragsarten gelten

z.B. VOB/**A** (mit Abschnitten 1, 2), VOB/**B**, VOB/**C**

↓
Allg. Best.
über
Vertragsanbahnung u. -
abschluss

↓
Die „AGB“
des
VergabeR

↓
ATV, vgl.
auch DIN
18299-
18459

Besonderheiten des Vergaberechts (3)

- **Vergabeverfahrensarten:**

- **Oberhalb des Schwellenwertes**

- Offenes Verfahren*
 - Nicht offenes Verfahren (mit/ohne vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb)
 - Verhandlungsverfahren
 - Wettbewerblicher Dialog

- **Unterhalb des Schwellenwertes**

- Öffentliche Ausschreibung*
 - Beschränkte Ausschreibung
 - Freihändige Vergabe

* Gesetzl. vorgesehener Normalfall

Besonderheiten des Vergaberechts (4)

- § 97 Absatz 5 GWB: Der Zuschlag wird auf das **wirtschaftlichste Gebot** erteilt = wirtschaftlich vorteilhafteste Erfüllung der Leistung im Sinne der Leistungsbeschreibung
- Leistungsbeschreibung kann auch umweltrelevante Aspekte umfassen, vgl. § 97 Absatz 4 GWB
- Ausschreibungen müssen jedoch grundsätzlich **produktneutral** erfolgen; produktspezifische Ausschreibung nur bei **sachlicher** Rechtfertigung





RA Tim Goßen, LL.M. (Nottingham)
Bundesvereinigung Recycling-Baustoffe e.V.
Düsseldorfer Str. 50
47051 Duisburg

Tel.: 0203 – 99239 20

E-Mail: tim.gossen@baustoffverbaende.de

